



Fünf Jahre nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001

Fritz Fischer¹, Washington, DC

- Die Terroranschläge am 11. September 2001 in New York und Washington haben die Psyche der amerikanischen Bevölkerung fundamental verändert. Noch nie in ihrer neueren Geschichte haben die Amerikaner einen Angriff auf ihr Festland erlebt und eine für sie unfassbare Verwundbarkeit gespürt. Dies ist noch nicht voll in das europäische Bewusstsein eingedrungen.
- Als Konsequenz erhielt die Außenpolitik der Bush-Regierung mit ihrer militärischen Komponente einen viel höheren Stellenwert, und die einzig verbliebene Supermacht macht hiervon auch ungehindert Gebrauch.
- Der „Krieg gegen den Terrorismus“ begünstigte auch eine beispiellose Ausweitung der Macht der Exekutive zu Lasten des US-Kongresses, die u.a. eine weit reichende Einschränkung der Freiheitsrechte zur Folge hatte. Die Demokraten konnten sich dabei oft nur unklar und uneinheitlich positionieren.
- Als Folge der bisher wenig erfolgreichen Demokratisierungsbemühungen im Irak (aber auch zunehmend in Afghanistan) ist für die Zukunft vielleicht zu erwarten, dass die USA ihren „Demokratieexport“ zurückhaltender praktizieren werden. In Kombination mit einer gewissen Rückkehr zum Multilateralismus dürfte dies auch eine Annäherung an Europa begünstigen, zumal auch dort die Angst vor dem Terrorismus zugenommen hat.

Angriff im eigenen Land

Die USA haben in ihrer jüngsten Geschichte vor dem 11. September 2001 zwei Überfälle und Verwüstungen größeren Ausmaßes erlebt. Einmal den überraschenden Angriff der Japaner auf Pearl Harbor im Dezember 1941, und sodann den Bombenanschlag in Oklahoma-City vom April 1995. Der erste Angriff in Hawaii liegt nun über sechzig Jahre zurück, und zudem geschah dies seinerzeit weit weg vom amerikanischen Festland. Oklahoma-City wurde – zum Entsetzen der Bevölkerung – von amerikanischen Fundamentalisten verübt. Der 11. September war da-

her der erste wirkliche Anschlag auf amerikanischen Boden, begangen von Selbstmordattentätern einer bis dahin weitgehend unbekanntem islamistischen Terrorgruppe und buchstäblich vor den Augen weltweiter Medien. Dabei prägte sich der spektakuläre und nicht für möglich gehaltene Zusammenstoß von gleich zwei der höchsten Wolkenkratzer unauslöschlich ins Gedächtnis der ganzen Welt ein. So wurde auch das Mitgefühl mit den Opfern und den USA allgemein geteilt und fand ihre Ausprägung in der Schlagzeile von *Le Monde*: „We are all Americans now.“

Die einzige militärische Supermacht, deren Bürger – anders als in Europa – nie von den Auswirkungen und Zerstörungen moderner Kriege unmittelbar betroffen waren, empfand an jenem Tag an verschiedenen Stellen des Landes ihre tödliche Verwundbarkeit. Trotz weltweiter Anteilnahme saß der Schock in den USA naturgemäß tiefer und nachhaltiger als in anderen Teilen der Welt. Was Deutschland angeht, so hatte es bereits seine schmerzlichen Erfahrungen mit einheimischen Terroristen gemacht und sah sich damals – wie nun die USA – vor der Notwendigkeit, diese zu bekämpfen und zugleich die Freiheitsrechte nicht über Gebühr einzuschränken. Vor diesem Hintergrund mussten nun gerade die Deutschen nach dem 11. September zu ihrem Erstaunen erfahren, dass einige der Hauptführer dieser Anschläge in Hamburg in einer Schläferzelle gelebt hatten.

In den USA kommt hinzu, dass sie sich einem neuen Feind gegenüber sehen, der – anders als eine Militärmacht mit Soldaten in Uniform – nicht greifbar ist und mit der Umfunktionierung von Zivilflugzeugen in zivile Bomben ein gewaltiges Zerstörungspotential zum Einsatz brachte. Auch existiert eine Furcht in der Bevölkerung, dass der 11. September vielleicht nur der Auftakt zu weiteren Anschlägen sein könnte.

So schrie nach den entsetzlichen Terroranschlägen dieses zutiefst aufgewühlte Land förmlich nach Vergeltung und energischer Führung. Daher vollführte die gerade flügge gewordene Bush-Administration einen Schwenk zu einer militärisch dominierten Außenpolitik, die eigentlich ihren mehr auf das Inland bezogenen Wahlversprechungen zuwiderlief. Dieses kam jedoch einigen Neo-Konservativen sehr gelegen, da sie nun der Regierung angehörten und seit langem auf eine solche Gelegenheit gewartet hatten, besonders hinsichtlich einer aggressiveren Irakpolitik. Nicht unerwähnt bleiben sollte eine Reihe neuer Ereignisse, die die allgemeine Unsicherheit weiter schürten: Nur wenige Wochen nach dem 11. September 2001 kam im Oktober mit Postversendungen des tödlichen Anthrax-Staubes eine neue Terrorwelle auf, deren Urheber bis heute nicht ermittelt werden konnten, wahrscheinlich aber – wie bei Oklahoma-City – im Inland zu suchen sind.

USA: Die einzig verbliebene Supermacht

Der Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa und insbesondere das Ausein-

anderbrechen der Sowjetunion wurde in den USA – anders vielleicht als in Europa – in erster Linie der Töderrüstungspolitik unter Präsident Reagan und der Überlegenheit des amerikanischen Wirtschaftssystems zugeschrieben. Insofern war nach den Terroranschlägen vom 11. September ein gewisser Boden dafür bereitet, dass die Bush-Administration im Anschluss an die völkerrechtlich abgesegnete Besetzung Afghanistans danach weitgehend unilateral mit einer „Koalition der Willigen“ den Militäreinsatz im Irak ins Werk setzte. Dabei mag dahinstehen, ob zu dessen politischer Absicherung eine selektive Nutzung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse stattgefunden hat. Wichtig ist hierbei nämlich auch, dass der amerikanische Präsident der festen und religiös verankerten Auffassung war und weiterhin ist, er müsse die Welt von einem Tyrannen befreien und damit zugleich die Grundlage für eine Demokratieentwicklung im Nahen und Mittleren Osten legen. Am bedenklichsten erscheint aber, dass die Bush-Administration mit ihrer Politik des vorbeugenden Erstschlags (*pre-emptive strike*) neue Grundsätze für unilaterale Militäraktionen etabliert hat, die die übrige Welt zutiefst beunruhigen.

Bei seiner Irak-Politik hatte der Kongress bekanntlich dem Präsidenten grünes Licht gegeben. Dies entsprach damals durchaus der Grundstimmung in dem zutiefst verunsicherten Land, das nach Führung suchte und hierbei dem „Commander in Chief“ ungewöhnlich viel Vertrauen entgegenbrachte. Nun nähert sich inzwischen die Zahl der toten amerikanischen Soldaten im Irak der Zahl der zivilen Opfer, die am 11. September 2001 ihr Leben ließen. Doch wird die innenpolitische Kritik darüber – im Unterschied zu Vietnam, wo die Zahlen allerdings wesentlich höher lagen – offenbar dadurch abgemildert, dass die USA inzwischen eine reine Berufsarmee haben, die sich vorwiegend aus bestimmten Bevölkerungsschichten rekrutiert. Insofern sind relativ wenige Kinder von Eltern aus den Führungsschichten dabei, und diese sind von den Verlusten in Irak nicht mehr unmittelbar betroffen, wie es zu Zeiten der Wehrpflicht in Vietnam der Fall war. Dieser Unterschied ist innenpolitisch durchaus wichtig: So darf zum Beispiel vermutet werden, dass andernfalls schon wesentlich mehr Anti-Kriegsbewegungen zu verzeichnen wären.

„Krieg gegen den Terror“ und Ausweitung exekutiver Befugnisse

Es gibt auch einen mehr als semantischen Unterschied: In Europa reden wir vom „*Kampf* gegen den Terrorismus“, in den USA heißt es offiziell „*Krieg* gegen den Terror“ (*War On Terror*). Auch die amerikanischen Medien spiegeln diesen martialischen Hintergrund in oft einhämmernder Weise wider. In den USA wurde hierbei mit besonderer Abscheu vermerkt, dass die Hinrichtung amerikanischer Staatsbürger und Militärs von den Terroristen gefilmt und einige der Leichen öffentlich zur Schau gestellt wurden. In den arabischen Ländern wurden hingegen die Zerstörungen und die Opfer unter der Zivilbevölkerung besonders hervorgehoben. Insofern beeinflusst eine selektive Berichterstattung über den Irak-Krieg auch die Grundstimmung in der jeweiligen Bevölkerung.

Für die USA ist jedenfalls klar, dass eine *War-on-Terror*-Charakterisierung das *Freund/Feind*-Denken in Bezug auf den Gegner fördert. Sie erleichterte es – zumindest in den ersten Jahren nach dem 11. September 2001 – auch innenpolitisch jegliche Kritik als unpatriotisch zu brandmarken. Die Probleme der genauen Identifizierung des heutigen Gegners fünf Jahre nach den Terroranschlägen werden dadurch weiter erschwert, dass Al Qaida, als Folge der amerikanischen Militärpolitik, in seiner Schlagkraft zwar erheblich geschwächt ist, aber als allgemeine Inspiration die krebsartige Ausbreitung des radikalen Islamismus in anderen Teilen der Welt weiterhin fördert.

Mit der offiziellen *War on Terror* Bezeichnung kommt in solchen Zeiten auch innenpolitisch dem *Commander in Chief* eine besondere Führungsrolle zu. So hat sich der US Präsident im Herbst 2002 vom amerikanischen Kongress, dem nach der Verfassung die Entscheidung über Krieg und Frieden zusteht, weitgehende Vollmachten für den Einsatz militärischer Mittel gegenüber dem Irak übertragen lassen. Mit dem *Patriot Act* hat er zudem der Exekutive auch innenpolitische Vollmachten einräumen lassen. Bush hat seitdem immer wieder auf die anhaltenden Bedrohungen hingewiesen sowie als Oberbefehlshaber weitgehende Rechte eingefordert und in Anspruch genommen. Auch der aktuelle Wahlkampf ist hiervon stark geprägt, weshalb innenpolitische Themen – aus der Sicht der Republikaner – nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Diese „*Imperial Presidency*“ – so jedenfalls nennt es die New York Times – schließt die oft praktizierte Möglichkeit des Präsidenten mit ein, sich bei seiner Zustimmung zu Gesetzen durch Begleitschreiben vorzubehalten, die Gesetze, die von einer gegenwärtig republikanischen Mehrheit beschlossen werden, unter gewissen Umständen nicht anzuwenden. Dabei entscheidet er allein, wann eine solche Situation vorliegt. Die Telefonüberwachung, das systematische Durchkämmen von Daten und andere innerstaatliche Eingriffe werden gleichfalls mit seiner Befehlsgewalt und Verantwortung für die Sicherheit des Landes begründet.

Nun sind solche Ausschläge zwischen legislativer und exekutiver Gewalt in der amerikanischen Geschichte nichts Ungewöhnliches, und zumeist hat sich das Pendel nach einiger Zeit auch wieder in die andere Richtung bewegt. Doch ist im Augenblick die Machtfülle der amerikanischen Administration besonders ausgeprägt. Hierzu gehört auch die überbetonte Geheimhaltung, weil dies in Kriegszeiten als natürliches Gebot der Stunde erscheint.

Vor dem Hintergrund des Schockerlebnisses vom 11. September 2001 ist auch die Behandlung der ausländischen Häftlinge im Al Qaida Umfeld und die damit verbundene Frage nach der Vereinbarkeit mit den Genfer Konventionen zu sehen. Diese sind zweifellos nicht auf terroristische Selbstmörder zugeschnitten. Sie tragen keine Uniformen und gehören auch keinem Staat an, der die Genfer Konventionen unterschrieben hat oder auch jemals unterschreiben könnte. Der Krieg kennt keine Grenzen und kein formelles Ende, wonach die Waffen schweigen und die Gefangenen entlassen werden. Zudem ist auch weiterhin unklar, wohin überhaupt viele von den Gefangenen entlassen werden sollten.

Gleichwohl dürften einige Kernbestimmungen der Genfer Konventionen (insbesondere Artikel 3) auch für Terroristen gelten. Bei der Behandlung von Gefangenen hat es zweifellos Exzesse bis hin zur Folter und Überstellungen (*renditions*) an andere, oft wenig zimperliche Länder gegeben. Hiermit haben sich bekanntlich auch europäische Organisationen kritisch beschäftigt, und *Renditions* wurden kürzlich vom Präsidenten auch offiziell zugegeben. All dies hat dem Ansehen der USA zweifellos geschadet und ihrem „Kreuzzug für Demokratie“ auf längere Zeit die Glaubwürdigkeit genommen. Andererseits ist zu würdigen, dass das Oberste Verfassungsgericht kürzlich die

Bedeutung und Anwendbarkeit der Genfer Konventionen auch für solche Fälle von sog. *illegal enemy combatants* unterstrichen und rechtsstaatliche Grundsätze betont hat.ⁱⁱ Diese Entscheidung musste nun der Kongress, der in den letzten Jahren einen Teil seiner Überwachungsfunktion an die Exekutive abgegeben hatte, in entsprechende Gesetzesformen gießen. Dabei musste er einen Mittelweg finden zwischen der Anti-Folter Haltung einiger prominenter Republikaner und der Administration, die jedoch weiterhin, unter Hinweis auf die anhaltende Terrorgefahr, auf eine gewisse Flexibilität im Umgang mit *illegal enemy combattants* besteht. Da die Demokraten mehrheitlich gegen ein solches Gesetz stimmten, bleibt abzuwarten, wie der Wähler diese Aktion im November bewerten wird. Dieses zeigt, dass gewisse Selbstheilungskräfte – wenn auch mit Verzögerung – langsam Platz greifen und damit die demokratische Grundstruktur dieses Landes bestätigen. Wenn somit das Pendel langsam zurück schwingt, so ist doch in der Zwischenzeit viel außenpolitischer Schaden eingetreten, der nicht kurzfristig behoben werden kann.

Psychologische Auswirkungen auf die Zwischen-Wahlen im Herbst 2006ⁱⁱⁱ

Fünf Jahre nach dem 11. September sind viele Amerikaner kritischer geworden. Die Herbstwahlen könnten daher durchaus den Charakter einer gewissen Volksabstimmung einnehmen. Dieses könnte sich auch in einer höheren Wahlbeteiligung niederschlagen, die in Amerika grundsätzlich deutlich niedriger liegt als in Europa. Im Allgemeinen scheint eine gewisse Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu herrschen, die die Volksvertreter beider Parteien gleichermaßen treffen kann.

Auch sind wegen der andere Themen überschattenden Irakkrise wichtige innenpolitische Vorhaben, wie z.B. eine langfristige Sanierung des Rentensystems, nicht auf den Weg gebracht worden. Dasselbe gilt für die Steuerreform. Bei der Frage der Behandlung der über zehn Millionen illegalen Einwanderer sowie der künftigen Immigrationspolitik ist gleichfalls keine Lösung in Sicht.^{iv} Das Staatsdefizit, das erheblich durch die hohen Kriegskosten mit verursacht wurde, ist ins Unermessliche gestiegen und wird die nachfolgenden Generationen sehr belasten. Auch hat der Präsident als Mitglied der Republikanischen Partei, die traditionell den Abbau staatlicher Verwaltung proklamiert, diese unter

dem Eindruck vom 11. September sogar noch ausgebaut, wie das Projekt Heimatschutz (*Homeland Security*) zeigt.

Allgemein wird die Hauptverantwortung für die innenpolitischen Versäumnisse mehr bei den Republikanern und dem Präsidenten gesehen als bei den Demokraten. Doch sind auch die Demokraten durch ihre mehrheitliche Unterstützung des Irakkrieges in ihrer Glaubwürdigkeit geschädigt und würden als unpatriotisch gelten, wenn sie sich nun völlig davon distanzieren würden. Zudem haben auch sie noch keine klare Idee, wie sie einen Rückzug der amerikanischen Truppen aus dem Irak politisch rechtfertigen können.

Insgesamt hat sich eine interessante Gemengelage für die Kongresswahlen ergeben, und die Entscheidungen der Wähler sind nicht mit der üblichen Klarheit vorhersehbar, wie sie Umfragerwerte im Allgemeinen widerspiegeln. Auch unabhängig vom Wahlausgang ist damit zu rechnen, dass fünf Jahre nach dem 11. September 2001 die von der Regierung ständig wiederholte Terrorisusgefahr bei den US-Bürgern im Lande immer weniger verfährt. Ein demokratisches Land wie die USA kann nicht über längere Zeit hinweg in einem Ausnahmezustand gehalten werden, und der Wunsch nach einer allmählichen Rückkehr zur Normalität ist nur allzu verständlich.

Die künftigen Beziehungen zwischen den USA und Europa

Manches mag zu diesem Zeitpunkt spekulativ erscheinen, jedoch ist nicht auszuschließen, dass die amerikanische Gesellschaft aus den vielen Veränderungen seit dem 11. September und der anhaltenden, unglücklichen Irak-Erfahrung sowie dem stark verschlechterten Ansehen im Ausland einige Lehren zieht, die Bestand haben könnten. Hierzu könnte beispielsweise die Erkenntnis gehören, dass man allein mit Waffen und ohne einen Plan B (für den Wiederaufbau des besetzten Landes) in einer ganz anderen Region der Welt keinen gesunden Boden für Demokratie schaffen kann. Überhaupt braucht man für Veränderungen internationale Organisationen, die den von der übrigen Völkergemeinschaft mit getragenen Rahmen erst einmal schaffen müssen. Wahrscheinlich werden die USA in Zukunft auch weniger den Weltpolizisten spielen und ihren „missionarischen“ Eifer voraussichtlich etwas dämpfen.

Europa kann dabei helfen, einem möglichen amerikanischen Isolationismus entgegenzuwir-

ken. Dies ist wichtig, denn die Welt braucht eine starke und moralische amerikanische Führung. Europa kann daher eine partnerschaftliche Ergänzung zu Amerika darstellen, von der die internationale Staatengemeinschaft nur profitieren kann. Bei aller derzeitigen Entfremdung sollte nicht unerwähnt bleiben, dass man sich heutzutage auch in Europa nicht vor terroristischen Anschlägen sicher fühlen kann. Dieses bringt uns sicherlich der amerikanischen Psyche nach dem 11. September 2001 ein wenig näher.

Washington, DC – 5. Oktober 2006

Literaturhinweise:

1. "In göttlicher Mission", Der Spiegel, 17. Februar 2003
2. Fareed Zakaria: "The arrogant Empire", in: Newsweek, 24. März 2003
3. Bob Woodward: "Planning Attack", April 2004
4. Michael Lind: "How a superpower lost its stature", in: Financial Times, 1. Juni 2004
5. "Die wehrlose Weltmacht", Der Spiegel, 26. Juli 2004
6. Jahresbericht 2005 der Friedrich Ebert Stiftung, Washington (www.fesdc.org)
7. Uwe E. Reinhardt: "Who is paying for our patriotism?", in: Washington Post, 1. August 2005
8. Philip Stephen: "The world needs a more powerful but more humble America" in: Financial Times, 9. September 2005
9. Jimmy Carter: „Our Endangered Values, America's Moral Crisis“, November 2005
10. Norman Birnbaum: "Unsere Demokratie verliert ihr Gesicht", in: Die Zeit, 3. November 2005
11. Gebhard Schweigler: "Is America's World View an Export Article?" in: The Atlantic Times, August 2006
12. Thomas Kleine-Brockhoff: "Eine Ideologie packt ein", in: Die Zeit online, 6. September 2006
13. Jedediah Purdy: "Welt voller Lücken", in: Die Zeit, 7. September 2006
14. Adrian Pohr: "Unbeliebtes Amerika" in: Die Zeit online, 18. September 2006
15. Bob Woodward: "State of Denial", October 2006

ⁱ Dr. Fritz Fischer ist ehemaliger deutscher Exekutivdirektor der Weltbank, und lebt in den USA.

ⁱⁱ Die Behandlung der *Enemy Combatants* lehnt sich an eine Entscheidung des Obersten Verfassungsgerichts aus dem Jahre 1942 an, die nun als Präjudiz herangezogen wurde. Damals ging es um die Verurteilung von deutschen Agenten, die von U-Booten abgesetzt worden waren.

ⁱⁱⁱ Siehe FES Focus America Nr. 3 / 2006.

^{iv} Siehe FES Focus America Nr. 2 / 2006.